

## Antrag

der Abg. Klubobfrau Svazek BA, Berger, Lassacher, Rieder, Dr. Schöppl, Stöllner und Teufel  
betreffend das Gendern im Schulunterricht

Gender Mainstreaming soll die klassische Gleichstellungspolitik und Frauenförderungspolitik um eine Strategie für mehr Geschlechterdemokratie und mehr Geschlechtergerechtigkeit ergänzen. Dabei sollen - gewissermaßen als Reaktion auf die vorherrschende gesellschaftliche Zweigeschlechtlichkeit - explizit beide Geschlechter in den Blick genommen werden. Dazu ein Zitat aus einem Deutschbuch: „Eine/r ist Zuhörer/in, der/die andere ist Vorleser/in. Eine/r liest den Abschnitt vor, der/die Zuhörer/in fasst das Gehörte zusammen.“ Dies ist nur eines von vielen Beispielen übermäßigen Genderns. Elternvertreter haben bereits diesen Umstand scharf kritisiert, da ein vernünftiges und sinnerfassendes Lesen fast unmöglich gemacht wird. Die sogenannte geschlechtergerechte Schreibung mittels Schrägstrich oder Binnen-I steht also dem Bildungsauftrag diametral gegenüber und erschwert gerade Volksschülern das Erlernen der deutschen Sprache.

Im Kriterienkatalog „Gender Kompetenz & Gender-Mainstreaming“ des Bundesministeriums für Bildung werden Kriterien definiert, woran man eine Gender-Kompetenz-Schule erkennt. Unter anderem heißt es darin, dass Gender-Kompetenz und Gender-Mainstreaming von der Schulleitung nach innen und außen kommuniziert werden. Es obliegt also dem Schulleiter, ob und inwieweit in einer Schule gegendert wird oder nicht. Vielmehr muss hier eine einheitliche Lösung für alle Schulen geschaffen werden. Es ist selbstverständlich und zu begrüßen, dass alle an der Schule tätigen Personen die gleiche Wertschätzung unabhängig von ihrem Geschlecht erfahren. Man hat aber schon bei der Diskussion um die Änderung der Bundeshymne gesehen, dass solche Maßnahmen eindeutig der falsche Weg sind. Vielmehr werden dadurch Kinder und Jugendliche in ihrer Identität verunsichert. Durch blinde Gleichmacherei wird mit Sicherheit keine Chancengleichheit in der Bildung erreicht, im Gegenteil, den Kindern werden Chancen genommen, man kann sogar sagen, es wird ihnen förmlich in die Bildung gepfuscht.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

1. Der Salzburger Landtag spricht sich im Sinne der Präambel dafür aus, ausufernde gendersensible Sprache vor dem Hintergrund der Lesbarkeit von Texten weitgehend aus dem Schulunterricht, explizit Lernunterlagen, auszusparen.
2. Die Salzburger Landesregierung wird im Sinne der Präambel aufgefordert, alle notwendigen Rahmenbedingungen und insbesondere eine landeseinheitliche Regelung für gendersensible Sprache im Sinne der Lesbarkeit von Texten im Schulunterricht sicherzustellen.
3. Die Salzburger Landesregierung wird im Sinne der Präambel aufgefordert, mit der Bundesregierung in Kontakt zu treten, um gendersensible Vorgaben und Sprachanwendungen in Schulbüchern auszusparen.
4. Dieser Antrag wird dem Bildungs-, Sport- und Kulturausschuss zur weiteren Beratung, Berichterstattung und Antragstellung zugewiesen.

Salzburg, am 7. Oktober 2020

Svazek BA eh.

Berger eh.

Lassacher eh.

Rieder eh.

Dr. Schöppl eh.

Stöllner eh.

Teufl eh.